



Unter der Bezeichnung „Berufspolitische Zeitungs-rundschau“ nahm das *Rheinische Ärzteblatt* ab der Januar-Ausgabe 1952 eine neue Rubrik auf. Hier kamen Stimmen aus der Laienpresse und aus gesundheitspolitischen Verbänden zu Wort. Die Presseumschau beschränkte sich nicht allein auf Nordrhein, sondern nahm Beiträge aus dem gesamten Bundesgebiet auf. Die erste „Zeitungsrundschau“ nahm sich des Themas Finanznot der Ärzteschaft unter einem breiten Meinungsspektrum an. Der *Neue Vorwärts* aus Hannover forderte, an Stelle „der unaufhörlichen Klagelieder über die ‚Not der Ärzte‘ und besonders der Jungärzte sollte endlich aus den Kreisen der Ärzte heraus etwas Positives sichtbar werden“. Um die Kosten einer Einzelpraxis zu senken, regte der *Neue Vorwärts* die verstärkte Bildung von Gemeinschaftspraxen an. Diese Kooperationsform würde in der Bundesrepublik oft „mit den ‚Gesundheitsambulatorien östlicher Prägung‘ in einem Atemzuge“ genannt. Dies sei der Grund, so vermutete die Zeitung, warum die Einsparungspotentiale, die von Gemeinschaftspraxen ausgingen, nicht genutzt würden.

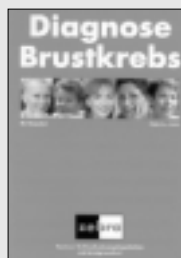
Die *Kölnische Rundschau* zählte nüchtern einige Zahlen auf, um zu demonstrieren, dass das Gesundheitswesen „einer grundsätzlichen Erneuerung bedarf“.

Das Durchschnittseinkommen für Ärzte betrage 400 DM bei rund 73 Arbeitsstunden pro Woche für einen Krankenhausarzt. 4.800 von rund 63.000 Ärztinnen und Ärzten seien arbeitslos. Etwa 9.000 würden unentgeltlich in den Kliniken arbeiten.

Dagegen machte sich der Pressedienst der Krankenkassen aus Hamburg Sorgen um die Einnahmen der Krankenkassen und regte an, dass sich die „Versicherten der sozialen Krankenversicherung in gewissem Umfang an den Kosten der ärztlichen und zahnärztlichen Behandlung und für Arzneien und Heilmittel beteiligen“ sollten. Das eingesparte Geld könnte in die „vorbeugende Heilfürsorge“ und in den „Ausbau der Leistungen bei schweren Krankheitsfällen“ fließen, schlugen die Krankenkassen vor.

Den Abschluss bildete ein Artikelausschnitt des *Hamburger Echo*, verfasst von Professor Dr. Kurt Gröbe. Er schrieb, dass er von den „reprivatisierenden Tendenzen“ wie zum Beispiel der Selbstbeteiligung der Versicherten oder der „Übertragung der Gesundheitsfürsorge an den praktischen Arzt“ gar nichts halte. Auf dem Bundeskongress der „sozialistischen Ärzte Deutschlands“ sei hingegen ein volksumfassender Gesundheitsdienst diskutiert und „damit eine wertvolle Vorarbeit für seine endgültige Fassung“ geleistet worden. *bre*

Informationen sind bei Brustkrebs Trumpf



Das „Zentrum für Brustkrebsangelegenheiten und Brustgesundheit“ in Düsseldorf-Gerresheim, kurz Zebra, hat einen Ratgeber „Diagnose Brustkrebs“ herausgegeben. Das 68 Seiten starke Heft ist der erste Ratgeber zu diesem Thema, den Patientinnen für Patientinnen zusammengestellt haben, sagte Ulla Ohlms, Vorsitzende des Vereins zur Förderung der Senologie/Brustklinik, der das Beratungszentrum Zebra betreibt.

Der Ratgeber bietet in verständlicher Sprache fundierte Informationen. Neben Interviews mit dem Leiter des Interdisziplinären Brustzentrums an den Kliniken der Landeshauptstadt Düsseldorf in Gerresheim, Professor Dr. Werner Audretsch, und dem Leiter des Instituts für Onkologische Chemie der Heinrich-Heine Universität Düsseldorf, Professor Dr. Hans Bojar, berichten betroffenen Frauen, wie sie mit der Diagnose und der Krankheit umgehen. Der Ratgeber klärt über die Krankheit und aktuelle Behandlungsmethoden ebenso auf wie über eine systematische Nachsorge. Darüber hinaus beinhaltet das Heft eine Anleitung zur Selbstuntersuchung, ein Fachwörterlexikon sowie Literatur- und Internethinweise. Das Ziel des Ratgebers sei die „mündige Patientin“, so Ohlms, denn gegen „Panik und Angst helfen am besten Informationen“.

Der Ratgeber „Diagnose Brustkrebs“ ist für 5 EUR erhältlich bei Zebra, Im Heidewinkel 6, 40625 Düsseldorf, Tel.: 0211/9 29 39 35. Die Sprechzeiten des Zentrums sind werktäglich von 10.00 - 16.00 Uhr. Weitere Informationen im Internet: www.senologiezentrum.de, www.ebreastctr.com. *bre*

FORENSIK

Neue Träger für Duisburger Klinik

Die von Bodelschwingschen Anstalten Bethel und das Evangelische Johanneswerk e.V. werden die Trägerschaft für die neue Duisburger Maßregelvollzugsklinik für suchtkranke Straftäter übernehmen. Dies teilte das Landesgesundheitsministerium kürzlich in Düsseldorf mit. Die beiden diakonischen Träger hat das Ministerium mittels eines Auswahlverfahrens ausgesucht. Die großen Erfahrungen der Träger in der Psychiatrie insbesondere in der Behandlung Suchtkrankender in der Forensik haben den Ausschlag gegeben,

begründete Gesundheitsministerin Birgit Fischer die Wahl. Die Duisburger Klinik soll für 90 suchtkranke Straftäter Platz bieten.

Die Landschaftsverbände übernehmen bei den neuen Einrichtungen in Köln, Essen, Dortmund und Herne die Trägerschaft. Die Alexianer Brüdergemeinschaft werde künftig in Münster intelligenzgeminderte Straftäter betreuen. Insgesamt sollen in NRW 470 neue Plätze in der Forensik entstehen (*siehe auch Rheinisches Ärzteblatt 1/2001, Seite 16*). *bre*

Anmeldeschlusstermin für Weiterbildungsprüfungen

Der nächste zentrale Prüfungstermin zur Anerkennung von Gebieten, Teilgebieten und Zusatzbezeichnungen bei der Ärztekammer Nordrhein ist der 13./14. März 2002.

Anmeldeschluss: Mittwoch, 30. Januar 2002

Informationen über die Modalitäten der Weiterbildungsprüfungen 2002 finden Sie im Heft Oktober 2001, Seite 20. *ÄkNo*